Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 5 (1925-1926)

Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Volkstums anzusehen ist und ihre Pflege und Heilighaltung zu dessen Gesundheit im Ganzen gehört; von der Gesundheit der Volkstümer in der Schweiz aber die Schönheit und Tüchtigkeit des ganzen Landes auch in seiner staatlichen Erscheinung abhängt.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Nach den Nationalratswahlen. — Schweizerische Politik gegen die Überfremdung in Theorie und Praxis. — Es liegt System in der Sache.

Die Schlacht ist geschlagen! Blut ist keines geflossen. Um so mehr Tinte und Druckerschwärze. Wie erlösend ist doch jeweils der Augenblick, wenn endlich der letzte Zeitungsartikel, das letzte Flugblatt an dem des Wahltreibens überdrüssigen Auge vorbeigezogen und der Stimmzettel in sein Recht tritt. Ist es dieses Gefühl der Erleichterung, endlich wieder zu seiner Ruhe zu kommen, oder ist es ein stilles Bewußtsein der Bedeutung der Handlung, die dem Gang zur Urne immer wieder eine gewisse Feierlichkeit verleihen? So ordentlich, in Reihe formiert, ohne Drücken und Drängen, am Ort der Handlung selbst ehrfürchtig den Hut in der Hand, sieht man sonst den Bürger das ganze Jahr hindurch nicht, mit Ausnahme vielleicht in der Kirche, sofern man ihn dort überhaupt sieht. Wie gerne möchte man Bürgern von Staaten, in denen Volkswahl und Volksabstimmung erst jüngsten Datums sind und wo die Wahlhandlung oft zur Hauptsache in Verprügelung, ja Todschlag des Gegners, zum mindesten in der Ausübung wildesten Wahlterrors besteht, die Gelegenheit wünschen, einem solchen schweizerischen Wahlsonntag beizuwohnen. Wie viel Erziehungsarbeit am Volk, wie viel Selbsterziehung kommen da zum Ausdruck. Wie erzieherisch auf jeden einzelnen Angehörigen des Volkes wirkt die Wahlhandlung als solche, wie kann sie innere Spannungen lösen, wenn hier jeder dem angesammelten Ärger durch die Bekundung seines Willens Luft machen kann, wie sehr hebt sie das Selbstbewußtsein des Armen und Bedrückten, der Tag aus Tag ein mühselig seinem Lebensunterhalt nachgeht, aber hier als Gleicher neben seinem Brotherren den feierlichen Gang tun darf. Wie müßig ist doch der Streit der Schrift- und anderen Gelehrten, ob die Demokratie eine gute oder schlechte Form des Regierens, ob Demokratie etwas Aufrichtiges oder nur ein „Schwindel" sei. Demokratie ist eigentlich eine rein seelische, in der Sprache der Wissenschaft: psychologische Angelegenheit. Sehr oft wird mit demokratischen Methoden sehr schlecht regiert; besonders kann, was für kleine, von jedem Einzelnen noch überschaubare Verhältnisse gilt, nicht ohne weiteres auch für große Verhältnisse angewendet werden. Hier muß eben manchmal sehr autokratisch regiert und doch nach außen und vor dem Volk der Eindruck eines demokratischen Regiments gewahrt werden. Damit ist aber weder etwas für noch gegen die Demokratie gesagt. Nur mit einem muß jeder moderne Staatsmann rechnen: auf die Empfindungswelt des Einzelnen, und erst recht, wenn dieser der Massensuggestion einer Massenpartei untersteht, muß er Rücksicht nehmen, sei es auch nur durch die Wahl seiner Worte.

Für unsere schweizerische Demokratie möchte man wünschen, daß das Volk etwas weniger zur Urne aufgerufen würde. Das Wählen und Abstimmen wird ihm sonst zum Alltag und — es verleidet ihm auch und mit Recht. Jeden dritten, vierten Sonntag einen Stimmzettel einwerfen müssen, wobei man oft — oder vielleicht meist? — gar nicht weiß, um was es geht und einfach aus seiner Zeitung entnommen hat, wie man wählen oder stimmen soll, das ist

ein — Unfug. So reitet man die Demokratie zu Tode. Schließlich wählt man doch auch seine Vertretung in die Bundesversammlung oder in die gesetzgebende Kantonsbehörde nicht nur, damit diese ihr Taggeld beziehen kann, sondern daß sie „in Vertretung des Volkes", das unmöglich in alle Fragen Einsicht haben und nehmen kann, handelt und beschließt. Dann muß diese Vertretung aber auch die Verantwortung für ihre Beschlüsse und Entscheide auf sich nehmen und diese nicht auch noch auf das Volk abwälzen, das doch, wenn man offen sein will, die Bedeutung und Tragweite mancher Fragen wirklich unmöglich ermessen kann. Also mehr verantwortliche und abschließende Arbeit in der Volksvertretung selbst, sonst könnte man schließlich auf den Gedanken kommen, diese gar nicht mehr zu brauchen, indem es dann genügte, die oberste Behörde zu wählen, die die Gesetze selbst ausarbeitete und direkt vor das Volk brächte. Die Gesetzesarbeit könnte dabei nur gewinnen, wenn die Entwürfe nicht zuerst die Kuhhandelatmosphäre des Parlaments zu passieren hätten.

Ganz ohne Wehmut kann man denn auch nicht auf die Erneuerungswahlen zur Bundesversammlung zurückblicken. Wie viel Aufwand und wie wenig Ergebnis! Oder nach dem bekannteren Sprichwort: wie viel Geschrei und wie wenig Wolle! Vor drei Jahren hatte es geheißen: ein wenig nach rechts! Heute heißt es: ein wenig nach links! Die eigentlich konservativen Parteien, wie die Bauern, die katholisch und protestantisch Konservativen verlieren einige Sitze; der Freisinn gewinnt, vorwiegend auf ihre Kosten, zwei dazu; die Sozialdemokratie verzeichnet eine Vermehrung um sechs Sitze und wird mit 49 die zweitstärkste Partei im Nationalrat (die stärkste, der Freisinn, besitzt 60). Folgen des neuen Stimmverhältnisses sind für den Bund kaum zu erwarten; eher in einigen Kantonen oder Gemeinden, z. B. in solchen, wo bisher eine absolute konservative Mehrheit bestand, die nun gebrochen ist, oder wo eine knappe absolute sozialistische Mehrheit erreicht wurde. Das Schreckgespenst vieler Bürger, der Linksblock, wird vielleicht da und dort einmal vorübergehend Wirklichkeit. Im großen ganzen kann es gar nichts schaden, wenn die Sozialdemokratie, allein oder mit bürgerlichen Parteien zusammen, an einzelnen Orten zur Regierung gelangt. Regieren ist viel schwieriger als opponieren. Beim Regieren zeigt sich, was wirkliches Können und was bloße Aufgeblasenheit ist. Auch fördert das Tragen der Mitverantwortung nur die weitere „Verbürgerlichung", d. h. das Hineinwachsen der „Partei des Klassenkampfes" in den Staat. Der süßen Übung des Sesselverteilens und Sesselbesitzens hat sich noch keine Sozialdemokratie irgend eines Landes zu entziehen vermocht. Sie ist die stärkste Bindung an den bestehenden Staat. Die sozialistischen Wahlaufrufe, wie die Kommentare zum Wahlergebnis, sind daher auch verhältnismäßig sehr brav und bürgerlich gewesen. Selbst der kommunistische — der einzige, der übrigens die starke Abhängigkeit unseres eigenen staatlich-wirtschaftlichen Daseins von den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen der europäischen Staatenwelt hervorhob — war nicht so, daß schwächere Bürgerherzen darob in Ohnmacht zu fallen brauchten.

Anlaß zu Sorge besteht eigentlich einzig nach der Richtung, ob wir in den kommenden Jahren unsere Wehrhaftigkeit, und zwar vorwiegend die militärische, auf ihrem heutigen Stand — der an sich schon kaum genügend ist — zu erhalten vermögen. Fast mehr noch als durch die aus grundsätzlicher Borniertheit gegen alles Militärische gerichtete Sozialdemokratie ist da eine Gefährdung durch die Auflösungserscheinungen im Bürgertum selbst vorhanden. Überspannter Individualismus, Mangel an Wille, das — an sich gewiß schwere — Opfer des persönlichen Militärdienstes wie der Lasten der Militärausgaben zu tragen, finden ihre scheinbare Rechtfertigung in den billig herumgebotenen Lehren und Verkündigungen vom kommenden oder schon angebrochenen Weltfrieden u. s. w. Dabei schwimmt ja auch unsere ganze offizielle Politik in diesem Fahrwasser, und unsere offizielle Presse überbietet sich darin, ihren Lesern die „antimilitaristischen" Parteien des Auslands als die einzig richtigen und als die Parteien „des Friedens" zu schildern, nicht bedenkend, daß unser

außenpolitisch viel zu wenig geschultes deutschschweizerisches Bürgertum die entsprechende Folgerung aus solcher Zeitungslektüre zieht, nämlich daß schließlich auch bei uns „Antimilitarismus" das einzig richtige sei. Die Geister, die ich rief, werd ich nicht los! Unseren regierenden Parteien und Behörden dürfte diese Erkenntnis in den nächsten Jahren des öftern noch unangenehm aufstoßen.

* * *

Gleichzeitig mit den Wahlen zur Bundesversammlung hat die Abstimmung über den ersten Teil der gegen die Überfremdungsgefahr gerichteten gesetzgeberischen Maßnahmen stattgefunden. Die Übertragung der „Gesetzgebung über Ein- und Ausreise, Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer" an den Bund ist mit nicht gerade überwältigendem Mehr gutgeheißen worden. Es ist damit ein weiterer Teil von souveränen Rechten der Kantone an den Bund übergegangen, ein weiterer Schritt zur eidgenössischen Rechtsvereinheitlichung getan. Praktisch ist damit nur ein Zustand legalisiert worden, wie er sich im Kriege bereits mit Notwendigkeit ergeben hatte. Alles weitere hängt nun davon ab, wie der Bund von seinem Gesetzgebungsrecht Gebrauch macht, und in erster Linie, wie die Kantone, denen ja auch nach dem neuen Verfassungsartikel „die Entscheidung über Aufenthalt und Niederlassung — nach Maßgabe des Bundesrechtes" vorbehalten worden ist, die Fremdenpolitik handhaben.

Als kleine, aber aufschlußreiche Illustration dazu kann vielleicht der Fall der kürzlich in Basel gegründeten französischen Schule gelten. Nach einer Darstellung, wie sie aus Kreisen der französischen Kolonie in der Schweiz gegeben wird, würde es sich bei dieser vorerst fünf Primarklassen umfassenden französischen Schule um folgendes handeln: die Initiative dazu wäre von den französischen Vereinen Basels ausgegangen; die Schule soll in erster Linie die Kinder der zahlreich in Basel wohnenden und mit dem Übergang Elsaß-Lothringens an Frankreich französische Staatsbürger gewordenen Elsässer französischsprachig erziehen; dank der Vermittlung des französischen Konsuls in Basel und des französischen Gesandten in Bern konnte es zu folgender Vereinbarung kommen: der Staat Basel stellt die Lokalitäten kostenlos zur Verfügung und kommt für deren Unterhalt auf; die Lehrkräfte werden vom französischen Unterrichtsministerium gestellt.

Ist diese von französischer Seite gegebene Darstellung richtig, so sehen wir damit eine schweizerische Kantonsregierung in aller Seelenruhe an der Arbeit, die Gründung ausländischer Schulen auf Schweizergebiet zu unterstützen und zu fördern, ein Verfahren, das doch wohl kaum in Einklang zu bringen ist mit den jetzt vom Bund an die Hand genommenen gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Überfremdung. Die schweizerische Öffentlichkeit kann beanspruchen, über diesen Fall noch einige Aufklärung zu erhalten.

* * *

Als Benito Mussolini noch nicht verantwortlicher Leiter des italienischen Staates, sondern noch einfacher Kammerabgeordneter der oppositionellen Faschistenpartei war, hat er zu der von dem damaligen Ministerpräsidenten Giolitti verlesenen Thronrede in der Kammer vom 21. Juni 1921 folgende Äußerungen getan:

> „In der Thronrede hat der Herr Ministerpräsident Giolitti durch den Landesherren verkünden lassen, die Alpenkette sei durchweg in unsern Händen. Ich bestreite die geographische und politische Richtigkeit dieser Behauptung. Bei einigen Kilometern Entfernung von Meran haben wir in der Alpenkette noch nicht die Verteidigungslinie der Lombardei und der Po-Ebene. Ich berühre hier eine heikle Frage, doch ist es wohl bekannt, in der Kammer und anderswo, daß im Kanton Tessin, dessen Bevölkerung zum großen Teil aus Deutschen und Mischlingen besteht, sich ein nationalgesinnter Vortrag Geltung verschafft, den die Faschisten mit Wohlgefallen beobachten."

Seither ist Mussolini Ministerpräsident geworden. Als gleichzeitiger Außenminister ist er für Italiens Außenpolitik verantwortlich. Ziele stecken und gesteckte Ziele verwirklichen ist aber zweierlei. So hat Italiens Außenpolitik unter seiner Leitung in den letzten Jahren ein wesentlich anderes Aussehen gezeigt, als man nach den Äußerungen des noch in der Opposition befindlichen Faschismus vielleicht hätte erwarten können. Die Beziehungen Italiens mit seinen Nachbarn haben sich entspannt. Die eine Zeit lang in beängstigender Häufigkeit sich wiederholenden „Zwischenfälle" im Tessin haben aufgehört. Der vor einem Jahr abgeschlossene italienisch-schweizerische Schiedsgerichtsvertrag wird als Bekräftigung der ungetrübten Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien angesehen.

Was aber Mussolini vor vier Jahren in der Kammer als außenpolitisches Programm entwickelt hat, wird deßungeachtet der Verwirklichung näher zu bringen versucht. Der „Popolo" in Rom wußte kürzlich vom Erscheinen eines faschistischen Katechismus zu berichten, der gewissermaßen als parteioffizielles Werk anzusehen sei, da einleitend ein zustimmender Brief des Sekretärs Mussolinis mit der ausdrücklichen Genehmigung des Duce abgedruckt werde. In diesem, in Frage- und Antwortform gehaltenen Katechismus findet sich u. a. auch die Stelle:

> Frage: Ist schon die ganze Oberfläche Italiens in unserm Besitz?
>
> Antwort: Nein, wir müssen noch haben von Frankreich Nizza und Korsika, von England Malta, von der Schweiz den Kanton Tessin und Teile Graubündens, von Jugoslavien Dalmatien u. s. w.

Solche Erziehungsmittel herausgeben heißt nun nichts anderes als trotz aller Freundschaftsbeteuerungen das Programm von 1921 verfolgen, indem man vorerst die breiten Volksmassen und die heranwachsende Jugend mit dessen einzelnen Punkten bekannt macht.

Etwas erstaunlich wird man auf den ersten Anblick denjenigen Teil der Äußerung Mussolinis finden, in dem die Bevölkerung des Kantons Tessin „als zum großen Teil aus Deutschen und Mischlingen" bestehend bezeichnet wird. Sollte Mussolini vielleicht über die Bevölkerungsverhältnisse des Tessins schlecht unterrichtet sein? Wohl kaum. Mussolini war 1909 ein Jahr lang im damals noch österreichischen Trient an sozialistischen Zeitungen tätig. Mit seinem sozialistischen Bekenntnis vertrug sich aber bereits ein glühender Irredentismus. Die sich ihm an Ort und Stelle aufdrängende Erkenntnis, daß die Welschtiroler gar nicht „erlöst" werden wollten, wie es in Italien allgemein dargestellt wurde, hinderte ihn keineswegs daran, ihre „Erlösung" für notwendig zu halten und durch die „Verteidigung ihrer Italianität" vorzubereiten. Die einzige Möglichkeit, das Gebiet politisch Italien anzugliedern, sah er allerdings nur in einem Krieg mit Österreich. Die damaligen Ausführungen Mussolinis über die Südtiroler Verhältnisse sind in einer Broschüre gesammelt und herausgegeben. — Was Mussolini in der Kammer über die Bevölkerung des Tessins sagte, ist also wohl so zu verstehen, daß die Italianität einer Bevölkerung, die zum großen Teil aus „Deutschen und Mischlingen" besteht, natürlich um so mehr der „Verteidigung" durch das „Mutterland" bedarf.

In diesem Sommer ist in der Mailänder Zeitschrift „La Fiaccola" aus der Feder eines Luigi Venturini ein recht offenherzig geschriebener Artikel erschienen, in dem die Methode des Irredentismus entwickelt wurde. (Dem italienischen Nationalismus eignet im Gegensatz zum französischen, der sich immer gern in weltbeglückende Phrasen hüllt, oft eine brutale Offenheit.) „Was wir unerlöste Italiener heißen — so war dort zu lesen — sind ... die italienische Schweiz... Das Mutterland teilt immer die Mannigfaltigkeit seines Eroberungswerkes der abgetrennten Söhne in zwei Zeitabschnitte, die stets die gleichen sind, weil sie in der Natur der Sache liegen. D. h. zuerst die sog. Verteidigung der Italianität am Ort, dann die offene, mehr oder weniger langsame Gewaltanwendung für die politische Eroberung... Der Irredentismus beginnt also mit der Ver-

teidigung der Italianität... Die sog. Ausbreitung der Kultur ist der bequemste Name, der jemals erfunden worden ist, um eine Menge von Elementen der Propaganda und der Durchdringung zu verkleiden."

Ebenfalls noch im Laufe dieses Sommers hat sich in Mailand eine „Società Palatina per la propaganda e la difesa della lingua e della cultura italiana" gegründet. Präsident derselben ist Piero Parini, Redaktor am „Popolo d'Italia", Gatte der Rosetta Colombi-Parini, die eine Tochter des sattsam bekannten Emilio Colombi und Mitgründerin und Mailänder Redaktorin der „Adula" ist. Weitere Mitglieder des Vorstandes dieser Gesellschaft sind u. a. Enrico Talamona, Angestellter in Bellinzona, ständiger Mitarbeiter der „Adula", Luigi Venturini, Professor für Latein und Geschichte am Gymnasium in Mailand. Nun bestreitet allerdings Parini in einer Zuschrift an den „Popolo e Libertà", daß dieser Luigi Venturini identisch sei mit dem Luigi Venturini, der den Artikel in der „Fiaccola" geschrieben hat; welches denn dieser zweite Luigi Venturini sei, wird aber nicht mitgeteilt. Um ihrem Vereinszweck nachzukommen, will diese Gesellschaft laut § 3 ihrer Satzungen regelmäßige und gelegentliche Veröffentlichungen „kultureller Art im weitesten Sinne des Wortes" herausgeben, die je nach Wichtigkeit und Umfang gratis an die Mitglieder abgegeben werden können. Die erste dieser Veröffentlichungen soll die Vierteljahreszeitschrift „Historisches Archiv der italienischen Schweiz" sein.

Zu Werbezwecken ist vor einigen Wochen die von Prof. Arrigo Solmi, Rektor der Universität Pavia und Kammerabgeordneter, im Namen der Redaktionskommission verfaßte Einleitung zu diesem Archiv im Umschlag der künftigen Publikation verschickt worden. In dieser Einleitung versichert Solmi, daß die „Società Palatina" sich lediglich die Verteidigung der Italianität der italienischen Täler der Schweiz zur Aufgabe mache, ohne dabei irgendwie die politische Zugehörigkeit derselben zur Schweiz in Frage stellen zu wollen; an der Aufrichtigkeit der noch besonders im jüngsten Schiedsgerichtsvertrag dokumentierten italienischen Freundschaft könne nicht gezweifelt werden; die geschichtlichen Forschungen, die im „Archiv" veröffentlicht würden, seien auch geeignet, ein Licht auf das heutige widersinnige Zoll- und Eisenbahntarifsystem der italienischen Schweiz zu werfen. — Zu dieser Einleitung hat Ständerat Bertoni in der Septembernummer des „Ticino" bemerkt: „Das sind genau die Thesen der „Adula" und der unauffindbaren Giovani Ticinesi... Wenn die Società Palatina die italienische Schweiz kennen würde, wüßte sie, daß es uns nicht beliebt, Protektoren zu haben, besonders nicht Protektoren, die die Zollpolitik und die Eisenbahntarife der Schweiz in historischen Archiven diskutieren."

Um auch den letzten Zweifel darüber zu zerstreuen, wes Geistes Kind sie ist, druckt diese „Società Palatina" auf der Umschlagseite ihrer Werbeschrift einige Paragraphen ihrer Satzungen ab, von denen § 2 beispielsweise folgenden Wortlaut hat:

> „Zweck der Società Palatina ist die Verbreitung der italienischen Sprache und Kultur im Ausland und die Verteidigung der einen und andern da, wo sie in ihrer natürlichen und freien Ausbreitung bedroht sein könnte. Vor allem wird die Gesellschaft ihre Anstrengungen auf die italienischen Gebiete richten, die noch unter fremden Regierungen stehen und besonders auf die italienische Schweiz."

Offenherziger kann man wohl nicht sein. In einem Artikel „Nach den Giovani Ticinesi die Palatina" schreibt der „Popolo e Libertà" dazu: „Der § 2 unterrichtet, daß die Palatina sich mit der Verteidigung der Italianität in den Ländern beschäftigt, wo sie bedroht ist, vor allem in den noch fremden Regierungen unterworfenen Gebieten und besonders in der italienischen Schweiz. Also im Tessin ist die Italianität mehr bedroht als irgendwo! Also der Tessin ist einer fremden Regierung unterworfen! Arme Landesregierung. Auch das mußte ihr noch passieren, als fremd im Kanton selbst angesehen zu werden, wo sie mit feierlicher, wenn auch stillschweigender Zustimmung des Volkes

bestätigt ist. Wenn die Palatina die Geschichte der Vergangenheit mit derselben Unbefangenheit behandelt wie die der Gegenwart, dann — arme Geschichte!... Immerhin muß der Vollständigkeit halber beigefügt werden, daß die Palatini ein bißchen weniger unsympathisch sind, als die famosen Giovani Ticinesi; die ersteren geben sich doch noch mit Namen bekannt, während die letztern sich noch heute in den Mantel der Anonymität hüllen."

Aber etwas offener oder etwas weniger offen: es liegt System in der Sache. Dieses Eindrucks kann man sich nicht erwehren, auch wenn man nur diese paar kleinen Ausschnitte aus einer möglicherweise ja noch viel umfangreicheren und uns nur nicht bekannten Tätigkeit an sich vorbeiziehen läßt. Und wenn man die Offenheit vielleicht von einem gewissen Gesichtspunkt aus begrüßen mag, so liegt darin doch eine Unverfrorenheit, die beweist, wie sicher man sich auf jener Seite seiner Sache fühlt. Daß das „Archivio per l'Alto Adige", das 1906 von Ettore Tolomei zur Verteidigung der „Italianität" Südtirols und der „natürlichen" Grenzen Italiens gegen Österreich gegründet worden war, auch auf dem vor kurzem erschienenen 16. Band nach wie vor das Kärtchen enthält, auf dem Münstertal, Puschlav, Bergell und Misox-Tessin als innerhalb der „geographischen" Grenzen Italiens liegend eingezeichnet sind, sei nur nebenbei bemerkt. —

Wir hielten diesen Hinweis auf Vorgänge in unserm südlichen Nachbarland in einer Zeit für angebracht, die in lauter Begeisterung für Schiedsgerichtsverträge und Abrüstung schwimmt und dabei gerne vergißt, daß die Welt rund und das Dasein der Staaten trotz allem ein ständiger Kampf ist, in dem untergeht, wer sich nicht wachsam und wehrhaft erhält.

Zürich, den 29. Oktober 1925.

Hans Oehler.

Zur politischen Lage.

Der Widersinn der Friedensverträge. — Was bedeutet da Locarno? — Die Gründe Frankreichs. — Die Stellung Deutschlands.

Am Tage nach der Unterzeichnung der Abkommen von Locarno haben im Memelgebiet die ersten Wahlen zum Landtag stattgefunden. Seit mehr als fünf Jahren ist dieses 150,000 Einwohner zählende Ländchen von Deutschland abgetrennt. Vor zwei Jahren haben es die Litauer mit einem Handstreich in ihre Gewalt gebracht. Heute endlich haben sie ihr den Großmächten gegebenes Versprechen, die Schaffung einer gewissen Selbständigkeit, eingelöst. Sie haben sich also ziemlich lange Zeit gelassen. Inzwischen versuchten sie mit allen Mitteln der Gewalt und Rechtsbeugung ihren Anhängern im Memelgebiet die Mehrheit zu verschaffen. Das Ergebnis der Wahlen ist aber einfach kläglich für sie. Bei sehr starker Wahlbeteiligung haben die Deutschen mehr als 95 % aller Stimmen erhalten. Einen einzigen Sitz im Landtag haben die Litauer für sich erringen können. Dieses Ereignis kommt so gerade zur rechten Zeit, um wieder einmal den ganzen Widersinn der Friedensverträge von 1919 aufs deutlichste nachzuweisen.

Im Memelgebiet, dem schmalen nördlichen Zipfel Ostpreußens, leben neben der deutschen Bevölkerung der Städte und größern Orte in den Landgemeinden teilweise Litauer. Diese protestantischen Litauer sind seit mehr als fünf Jahrhunderten von der Hauptmasse des litauischen Volkes getrennt. Sie haben sich in Religion, Sprache und Kultur völlig anders entwickelt als ihre Sprachgenossen im heutigen litauischen Staat. Kulturell sind sie völlig als Deutsche zu betrachten und sprechen auch fast alle die deutsche Sprache ebenfalls. Als nun in Paris nach 1918 die möglichste Schwächung Deutschlands an allen Grenzen versucht wurde, kam man auch auf die Idee, diese Litauer von Deutschland abzutrennen. Dem politischen Zwecke zuliebe teilte man nahezu ebenso viele Deutsche wie Litauer dem neuen Gebilde zu. Da

man eine Abstimmung nicht wagte, weil der Ausgang zum vornherein sicher gewesen wäre, stellte man das Gebiet vorerst unter eine Ententeverwaltung, die hier Frankreich übertragen wurde. Man versuchte nun längere Zeit der Bevölkerung die Abtrennung von Deutschland schmackhaft zu machen. Der Erfolg war gleich Null. So griffen denn schließlich die Litauer in dem neu geschaffenen Staate gemäß dem Verfahren östlicher Politik einfach zur Gewalt. Banden fielen in das Memelgebiet ein und die französischen Truppen verschwanden, ohne irgendwelchen Widerstand zu leisten. Nun versuchten die Litauer ihre Staatskunst. Wie weit sie gekommen sind, das kann man heute an den Wahlen sehen.

Wir haben hier also ein sprechendes Beispiel dafür, wie in Paris mit den Völkern umgesprungen worden ist und wie dort Grenzen gezogen worden sind. Es ist klar, daß sich das Memelgebiet mit dem kulturell völlig anders gearteten litauischen Staate nie zusammenfinden wird. Es wird beständig Streitigkeiten geben. Es liegen hier Verhältnisse vor, die durch keinen noch so gut gemeinten Vertrag, überhaupt durch kein Stück Papier in Ordnung gebracht werden können. Es gibt nur eine Lösung: Die Aufhebung des widersinnigen Beschlusses von 1919 und die Anerkennung des Willens der Bevölkerung. Dann wird es hier Ruhe geben.

* * *

Die Lage im Memelgebiet ist ein kleines Beispiel dafür, wie heute die Verhältnisse in zahllosen, weit wichtigern und umfangreicheren Gegenden Europas liegen. Daraus ergibt sich die ständige Unruhe, die unsern Erdteil nicht zu der so bitter nötigen ungestörten Arbeit des Wiederaufbaues kommen läßt. Das Unerträgliche dieses Zustandes wird allgemein gefühlt. Es ist deshalb kein Wunder, daß man überall auf Abhilfe sinnt. Die verschiedensten Versuche sind schon gemacht worden. Bisher ist kein einziger auch nur zum geringsten Teile gelungen. Man versuchte durch alle möglichen Verträge den gegenwärtigen Zustand zu festigen. Alle diese papierenen Hilfsmittel haben selbstverständlich gegenüber der Macht der Tatsachen versagen müssen. Zu dem einzig wirksamen Schritte, zur Abänderung des 1919 geschaffenen Zustandes und vor allem der damals gezogenen Grenzen wollte und konnte sich bisher niemand entschließen. Heute wird die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit der Lage immer allgemeiner und klarer. Aber auch heute noch ist keine Aussicht vorhanden, daß man zu dem einzig wirksamen Mittel greift. Offenbar müssen die Verhältnisse noch schlimmer werden.

In diesen Rahmen hinein gehören auch die Verhandlungen in Locarno. Sie bilden den neuesten Versuch, der europäischen Krankheit mit einer papierenen Lösung beizukommen. Allerdings sollen sie ja auch einige tatsächliche Folgerungen nach sich ziehen. Allein diese beschränken sich auf den Westen. Im übrigen aber sollen die Abkommen von Locarno gerade die 1919 getroffenen Maßregeln sichern und dauerhaft machen. Damit ist ohne weiteres klar, daß auch diese Verträge keine endgültige Lösung der europäischen Schwierigkeiten bringen können. Eine andere Frage ist es, ob sie nicht für den Augenblick für alle oder einzelne Beteiligte so viel Vorteilhaftes bringen, daß man darüber den entscheidenden Nachteil vorläufig übersieht. Um diese Frage zu entscheiden, müßte man auf Einzelheiten eingehen. Das geschieht an anderer Stelle dieses Heftes.

* * *

Man wird sich unterdessen hie und da doch gefragt haben, was Frankreich veranlaßt haben kann, tatsächlich in seiner Rheinpolitik gewisse Zugeständnisse zu machen? Da ist einmal darauf hinzuweisen, daß die französische Rheinpolitik nach der Art Clemenceau's und Poincaré's doch sowieso erledigt ist. Es hat sich in den letzten Monaten immer deutlicher gezeigt, daß nach der Ausschaltung der wirtschaftlichen Druckmittel durch das Inkraft-

treten des Dawesgutachtens an eine Verwirklichung der französischen Pläne im Rheinlande nicht mehr zu denken ist. Aber auch der heutige Zustand ließe sich auf die Dauer nur unter den größten Schwierigkeiten und starken finanziellen Opfern aufrecht erhalten. Bei dieser Sachlage braucht es schließlich keine große Überwindung mehr dazu, freiwillig im Rheinlande abzubauen, bevor der Zwang der Verhältnisse dies ohnehin mit sich bringen würde.

Auf diesen Entschluß hat aber sicher auch die ungünstige Entwicklung der allgemeinen Lage Frankreichs hingewirkt. Die kolonialen Sorgen sind in den letzten Monaten größer als je. Wir stehen jetzt am Anfang des Winters; der Krieg in Marokko dauert also bereits mehr als ein halbes Jahr. Das Ende ist jedoch noch gar nicht abzusehen. Frankreich hat in Nordafrika große Mengen von Truppen und Kriegsmaterial eingesetzt. Unter der Führung eines Marschalls von Frankreich ist der Kampf mit allen diesen Mitteln Monate lang gegen die Rifleute geführt worden. Der Erfolg ist keineswegs den Erwartungen entsprechend. Wohl haben die Franzosen Gelände gewonnen, aber das Kerngebiet der Rifleute haben sie nicht erreicht. Diese sind einer Entscheidung jedesmal geschickt ausgewichen. Es bot sich nicht die Gelegenheit, die gewaltige Überlegenheit an Zahl und Material zur richtigen Verwendung zu bringen. Wohl hat das Ansehen Abd el Krims gelitten, seit er vor den Franzosen und Spaniern zurückweichen mußte. Aber doch steht er noch im Felde und macht nach den neuesten Meldungen wiederum Vorstöße. Der Kleinkrieg dauert also weiter. Die französischen Truppen aber haben vor der Ungunst der Witterung zurückweichen und die Winterquartiere beziehen müssen. Da die Entscheidung nicht endgültig gefallen ist, so müssen sie aber im Lande bleiben. Im Frühjahr werden die Kämpfe wahrscheinlich von neuem beginnen. Unterdessen kann man sich in Paris über die aufgewendeten Opfer Rechenschaft geben. Der Ministerpräsident hat soeben in der Kammer erklärt, daß die Verluste allein an Toten verschiedene Tausend Mann betragen. Die Zahl der Verwundeten ist bedeutend höher; über die Verluste an Krankheiten wissen wir nichts. Die finanziellen Aufwendungen müssen bereits nach Milliarden berechnet werden.

Gleichzeitig haben die Ereignisse in Syrien für Frankreich manche unwillkommene Überraschung gebracht. Auch dorthin mußten ansehnliche Verstärkungen geschickt werden. Die Kämpfe waren verlustreich. Ein Ende ist jedoch auch dort noch nicht abzusehen. Wohl sind die Drusen aus ihren Wohnsitzen vertrieben worden, aber auch sie sind einer eigentlichen Entscheidung ausgewichen. Inzwischen hat die aufrührerische Bewegung weitere Teile Syriens ergriffen, sodaß die Lage noch völlig ungeklärt ist. Auch dieser Krieg in einem überseeischen Gebiet ist natürlich ungemein kostspielig.

So haben die vergangenen Monate für Frankreich eine starke Anspannung der militärischen Kraft gebracht. Nicht unbeträchtliche Verluste an Menschenleben und große Anforderungen an die Geldmittel des Staates waren die Folge. Und beides ist für Frankreich heute besonders unangenehm. Jeder Menschenverlust ist bei den ungünstigen Bevölkerungsverhältnissen Frankreichs ein schwerer Nachteil. Die großen finanziellen Ausgaben aber machen sich bei der gegenwärtigen sehr ungünstigen Lage des Staatshaushaltes besonders fühlbar.

Damit kommen wir auf einen weitern Grund der Schwächung der französischen Stellung. Die Finanzen des Landes sind auch von Caillaux nicht in Ordnung gebracht worden. Selbst die suggestive Macht dieser Persönlichkeit konnte gegenüber der Macht der Verhältnisse nichts ausrichten. Die Inflation ist immer größer geworden, der französische Franken ist immer weiter gesunken. Den schwersten Schlag aber gab der französischen Finanzpolitik das Scheitern der Verhandlungen mit Amerika. Jahrelang hatte man sich in Paris mit dem Gedanken getröstet, daß die Schulden an Amerika überhaupt nicht bezahlt werden müßten oder daß sie durch die Deutschen bezahlt würden. Heute ist es klar geworden, daß Frankreich zahlen muß und zwar selbst zahlen muß. Die Folge ist ein neuer Sturz des Frankens und eine schwere Erschütterung des Zutrauens zum Staatshaushalt in- und außerhalb des Landes.

Dabei entwickeln sich auch die innern Verhältnisse nicht günstig. Selbstverständlich bringt der Kursrückgang alle möglichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit sich. Das verschlechtert die Stimmung in den Massen. Gleichzeitig aber hat sich in Elsaß-Lothringen die Unzufriedenheit über die ganze dortige Politik Frankreichs mit elementarer Wucht Bahn gebrochen. Darüber wird nächstens einmal eingehender zu sprechen sein, da dieses Nachbargebiet natürlich uns Schweizer ganz besonders interessieren muß.

So sehen wir auf allen Seiten Schwierigkeiten, in den Kolonien, im Staatshaushalt, in der innern Politik. Durch all das ist die Aktionsfähigkeit Frankreichs nach außen zwar beileibe nicht aufgehoben, aber doch etwas beeinträchtigt worden. Und da sich für alle diese Schwierigkeiten noch kein Ende absehen läßt, so ist hier auch keine Besserung, sondern fast sicher noch eine ansehnliche Verschlechterung zu erwarten. Das macht es nun sehr begreiflich, daß Frankreich wenigstens Deutschland gegenüber eine andere Politik einschlagen muß. Der Zwang der Verhältnisse wird es jedenfalls noch für längere Zeit in dieser neu eingeschlagenen Richtung festhalten.

* * *

In einer ähnlichen Zwangslage befindet sich England. Die Schwierigkeiten in den verschiedensten Kolonien sind ja bekannt und hier schon öfters erwähnt worden. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und damit im Zusammenhang die innerpolitischen haben in den letzten Monaten ebenfalls eher zu- als abgenommen. Aus diesen Verhältnissen heraus begreift man es sehr wohl, daß England auf eine vorläufige Beruhigung in Europa mit aller Macht hindrängte und daß Frankreich diesem Drängen keinen starken Widerstand mehr leisten konnte und wollte.

Wie stellt sich demgegenüber die Lage Deutschlands? Innerpolitisch hat die Beruhigung im letzten Halbjahr angedauert. Wirtschaftlich haben sich allerdings erhebliche Schwierigkeiten eingestellt. Außenpolitisch ist durch die steigende anderweitige Beanspruchung Englands und Frankreichs einerseits, durch die wachsende innere Zersetzung in Polen andererseits eine seit Jahren nicht mehr erlebte Handlungsfreiheit gewonnen worden. Es besteht heute alle Aussicht, daß sich diese außenpolitische Bewegungsfreiheit in der nächsten Zukunft eher noch verbessern wird. Unter diesen Umständen wird man sich doch fragen müssen, ob der Zeitpunkt zum Abschluß einer vorläufigen Einigung mit England und Frankreich richtig gewählt war. Hätte man nicht vielleicht schon in kurzer Zeit auf der Gegenseite erheblich bessere Bedingungen erhalten können? Ich bin geneigt, diese Fragen zu bejahen.

Aus diesen Überlegungen heraus ist auch der Widerstand in Deutschland gegen den Abschluß der Verträge von Locarno zu verstehen. Ob allerdings heute noch ein Zurückweichen möglich ist, ist eine andere Frage.

Aarau, den 27. Oktober 1925.

Hektor Ammann.

Bücher-Rundschau

Iswolski im Weltkriege.

Dr. Friedrich Stieve, der im Herbst 1924 den Schriftwechsel Iswolskis von 1911—1914 herausgebracht hat,[1]) hat vor kurzem die Literatur

[1]) Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914. Aus den Geheimakten der russischen Staatsarchive. 4 Bände. Mit einem Ergänzungsband: „Iswolski und der Weltkrieg". Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin. — Siehe den Aufsatz „Iswolskis Spiel in Paris 1911—1914" im Dezemberheft 1924 dieser Zeitschrift.